Beschlussbuch

Ewig kann's nicht Winter sein!

ordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 23.04.2022 in Chemnitz

JUSOS Sachsen

Die Moorsoldaten

Die Moorsoldaten, auch als Moorsoldatenlied, Börgermoorlied oder kurz Moorlied bezeichnet, ist ein Lied, das 1933 von Häftlingen des Konzentrationslagers Börgermoor bei Papenburg im Emsland geschrieben worden ist. In diesem Lager wurden vorwiegend politische Gegner des NS-Regimes gefangen gehalten. Mit einfachen Werkzeugen wie dem Spaten mussten sie dort das Moor kultivieren. *(https://de.wikipedia.org/wiki/Die_Moorsoldaten)*

Wohin auch das Auge blicket, Moor und Heide nur ringsum.
Vogelsang uns nicht erquicket, Erlen stehen kahl und krumm.
I: Wir sind die Moorsoldaten und ziehen mit dem Spaten ins Moor. :I

Hier in dieser öden Heide ist das Lager aufgebaut.
Wo wir fern von jeder Freude hinter Stacheldrahtverhau.
I: Wir sind die Moorsoldaten und ziehen mit dem Spaten ins Moor. :I

Morgens ziehen die Kolonnen in das Moor zur Arbeit hin.
Graben bei dem Brand der Sonnen – doch zur Heimat steht ihr Sinn.
I: Wir sind die Moorsoldaten und ziehen mit dem Spaten ins Moor. :I

Heimwärts, heimwärts jeder sehnet sich zu Eltern, Weib und Kind.
Manche Brust ein Seufzer dehnet, weil wir hier gefangen sind.
I: Wir sind die Moorsoldaten und ziehen mit dem Spaten ins Moor. :I

Auf und nieder gehn die Posten, keiner, keiner kann hindurch,
Flucht wird nur das Leben kosten! Vierfach ist umzäunt die Burg.
I: Wir sind die Moorsoldaten und ziehen mit dem Spaten ins Moor. :I

Doch für uns gibt es keine Klagen, **ewig kanns nicht Winter sein**.
Einmal werden froh wir sagen: Heimat, du bist wieder mein.

Dann ziehn die Moorsoldaten nicht mehr mit dem Spaten ins Moor.

Text: Johann Esser u. Wolfgang Langhoff
Musik: Rudi Goguel (Bearb. Hanns Eisler)

RL-01

Antrag

ordentliche Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen 2022
Chemnitz, 23. April 2022

Initiator*innen: Jusos Zwickau (beschlossen am: 03/23/2022)

Titel: **Antrag zur Änderung der Richtlinien der Jusos Sachsen**

Die Richtlinien der Jusos Sachsen werden im § 11 wie folgt geändert:

Ersetze § 11 (3) durch:

§ 11
(3) Frauen und Männer müssen als Mitglieder eines Vorstandes oder der zu wählenden Delegationen mindestens zu je 40 Prozent vertreten sein. Sind zwei Vorsitzende oder Sprecher:innen zu wählen, muss davon mindestens eine Frau sein. Die Quotierung bezieht sich jeweils auf das gesamte Mehrpersonengremium. Kandidieren Vertreter:innen des unterrepräsentierten Geschlechts nicht in ausreichender Zahl, so kommen Kandidaturen des überrepräsentierten Geschlechts zum Zuge.

Begründung

erfolgt mündlich

RL-02 (geändert)

Antrag

ordentliche Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen 2022
Chemnitz, 23. April 2022

Initiator*innen: Anti-Sexismus-Kommission (beschlossen am: 03/26/2022)

Titel: **Richtlinienänderung: für mehr Awareness**

Die Jusos Sachsen mögen beschließen und an den SPD-Landesvorstand weiterleiten:

§ 5 der Richtlinien der Jusos Sachsen wird wie folgt geändert:

- Abs. 1, Punkt 1 wird durch “Awareness-Kommission.” ersetzt,
- in Abs. 4 wird jedes “ASK” durch “Awareness-Kommission” ersetzt,
- in Abs. 4 Satz 6 wird ein vierter Punkt mit folgendem Text hinzugefügt: "Organisieren von Bildungs- Qualifizierungsangeboten um den Landesverband für Themen der Diskriminierung zu sensibilisieren.",
- Es wird ein Absatz 5 mit folgendem Text hinzugefügt: "Die Awareness Kommission kann unsere Statuten und Strukturen auf Diskriminierungen überprüfen. Sollten sie fündig werden müssen diese so geändert werden, dass Diskriminierungen ausgeräumt werden. Auch neue Reglungen und Strukturen sollen darauf überprüft werden, dass Diskriminierungen ausgeräumt werden können."

Begründung

Der Begriff Awareness zeigt, dass sich die Arbeit der Kommission nicht nur auf Sexismus beschränkt,

sondern auch auf andere Formen der Diskriminierung.

A-01

Antrag

ordentliche Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen 2022
Chemnitz, 23. April 2022

Initiator*innen: Landesvorstand der Jusos Sachsen (beschlossen am: 03/25/2022)

Titel: **Arbeitsprogramm der Jusos Sachsen 2022-2024**

Arbeitsprogramm der Jusos Sachsen 2022-2024

Gegen die Ohnmacht – Wir Jusos in Sachsen

Die Jusos in der SPD Sachsen sind ein sozialistischer, internationalistischer und feministischer Verband. Wir engagieren uns in Sachsen und darüber hinaus im Sinne dieser Grundwerte. Wir wollen die gesellschaftlichen Verhältnisse verändern und nehmen diese nicht als gegeben an. Dazu müssen wir uns die grundsätzlichen Fragen stellen und beantworten.

Die Herausforderungen in den letzten Jahren haben direkten Einfluss auf unser Leben, Denken und Handeln im Privaten, im Verband oder in der SPD. Es ist schwer, in diesen Zeiten die Hoffnung auf eine bessere Welt nicht zu verlieren und gegen die Ohnmacht anzukämpfen. Das Gefühl, unsere Vision vom gesellschaftlichen Fortschritt hin zu einem freien, gerechten und solidarischen Zusammenleben durch omnipräsente Krisen nicht erreichen zu können, ist lähmend.

Der Krieg in der Ukraine macht uns fassungslos und betroffen. Frieden und demokratische Strukturen haben wir in Deutschland und in Europa zu lang als selbstverständlich empfunden. Dieser Krieg findet direkt vor unserer Haustür statt und viele, gerade junge Menschen stellen sich die Frage: Wie konnte es dazu kommen? Sie blicken in eine unsichere Zukunft.

Für uns ist klar: Wir lehnen Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung ab und verurteilen den von Putin als Aggressor vom Zaun gebrochenen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg. Aber wir sind nicht naiv: Demokratie muss mit den notwendigen Mitteln verteidigt werden! Unsere uneingeschränkte Solidarität gilt den Menschen, die für Demokratie und ihre Werte einstehen, egal ob in der Ukraine oder auf der ganzen Welt.

Praktische Solidarität bedeutet für uns insbesondere die unbegrenzte Aufnahme von geflüchteten Menschen, die in unterdrückten Verhältnissen leben. Wir sehen unseren Platz an der Seite einer starken linken Zivilgesellschaft, die dort Hilfestellung leistet, wo der Staat versagt.

Zum Gefühl der Ohnmacht trägt neben dem dynamischen Kriegsgeschehen auch die seit nunmehr über zwei Jahre andauernde, globale Coronapandemie bei. Sie bedingt weiterhin eine Überlastung des Gesundheitssektors, der Prekärbeschäftigten, die Vergrößerung der sozialen Ungleichheit und der gesellschaftlichen Spaltung. Zudem erschwerte sie unsere Verbandsarbeit und den Austausch zwischen unseren Mitgliedern und den Unterbezirken.

Während wir uns über die gesamte Zeit der Pandemie rücksichtsvoll und solidarisch verhalten und dadurch auch unsere Wirkkraft einschränken mussten, haben sich rechte Strukturen konstant verbreitet, besonders in Sachsen. Neonazis nutzten den Unmut vieler Menschen, um auf Demos von Verschwörungsgläubigen ihr menschenfeindliches, hasserfülltes und demokratieablehnendes Gedankengut zu verbreiten.

Wir lassen uns von diesen Entwicklungen nicht entmutigen. Auch in den kommenden Jahren werden wir uns als Jusos Sachsen nicht mit dem offenen Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und der sozialen Spaltung in unserer Gesellschaft abfinden.

Nicht auf der Welt, nicht in Europa, nicht in Deutschland, aber erst recht nicht in Sachsen. Wir setzen der Ohnmacht unsere starke, linke und klare Haltung entgegen. Wir nutzen die neue Legislatur für einen Neustart der sächsischen Juso-Arbeit nach einem langen digitalen Corona-Winter!

Kampf gegen Rechtsextremismus, Faschismus und Rassismus

Wir Jusos sind dem Kampf gegen Rechtsextremismus, Faschismus und jeder Form der Diskriminierung verpflichtet.

Gerade hier in Sachsen, in einem Land, in dem rechtsextreme Demonstrationen,

Festivals und Gewaltakte zur Tagesordnung gehören, ist es unsere Aufgabe, als selbstständiger politischer Verband, aber auch als Teil von linken Bündnissen, allerorts für eine starke und widerstandsfähige Demokratie sowie für eine inklusive Gesellschaft einzustehen.

Für uns bedeutet das konkret:

- Wir unterstützen antifaschistische Strukturen in allen Teilen Sachsens und arbeiten aktiv in linken und progressiven Bündnissen mit.

- Wir nehmen an den Protesten gegen Nazis teil und unterstützen in besonderem Maße in Regionen, wo antifaschistische Arbeit auf wenige Schultern verteilt ist.

Bildungsarbeit als Mittel des Kampfes gegen faschistisches, rechtsextremes und diskriminierendes Gedankengut betrachten wir als elementar.

- Wir wollen einen Workshop zu antifaschistischem Selbstschutz durchführen.

- Wir organisieren Demo-Trainings für alle Genoss:innen, bei denen neben dem eigentlichen Demo-Geschehen auch rechtliche Grundlagen thematisiert werden.

- Im Rahmen von Verbandswochenenden und Abendveranstaltungen werden wir Vorträge und interaktive Workshops zu den Themen Rechtsextremismus, Faschismus und Rassismus, sowie der Bedeutung von erinnerungskultureller Arbeit anbieten.

- Hierzu werden wir mit verschiedensten Initiativen, Vereinen und Bildungsträgern zusammenarbeiten.

- Gedenkstättenfahrten und die aktive Teilnahme an Gedenkveranstaltungen komplettieren das Bildungsangebot.

Feminismus und Frauenvernetzung

Als feministischer Richtungsverband dulden wir die bestehende Ungleichheit von Frauen und Männern nicht weiter. Diese wird nicht nur am Arbeitsplatz, im konservativen Familienkonstrukt und in der Politik sichtbar. Feminismus bedeutet für uns, ebenso wie der Kampf gegen Kapitalismus, immer die befreite Gesellschaft. Wir verstehen uns insbesondere innerhalb der SPD als sozialistisch-feministisches Korrektiv und machen unsere Forderungen gesamtgesellschaftlich sowie parteiintern laut. Jedoch auch was den eigenen Verband anbelangt haben wir noch viele Strukturen zu durchbrechen und inhaltliche Debatten zu führen.

Für uns bedeutet das auf Verbandsebene konkret:

- Wir initiieren ein landesweites Frauenempowerment-Programm, das der Vernetzung, dem Austausch von Best-Practice-Beispielen und der gemeinsamen inhaltlichen Arbeit dienen soll.

- Weiterhin werden wir die Zusammenarbeit mit Frauen in den anderen Teilen der ostdeutschen Juso-Verbände intensivieren.

- Wir arbeiten verstärkt daran, dass feministische Perspektiven bei all unseren Veranstaltungen mitgedacht und thematisiert werden, dies kann beispielsweise mithilfe einer feministischen Viertelstunde umgesetzt werden.

- Bei Verbandswochenenden achten wir auf ein möglichst ausgeglichenes Geschlechterverhältnis bei Referent:innen. Für Teilnehmende organisieren wir Frauenplena und Genderqueerplena als Safespaces und Männerplena, bei denen es darum geht, sich eine feministische Grundhaltung anzueignen und in das eigene Handeln zu überführen.

- Ausgangspunkt für diese Bestrebungen kann ein Feminismuskongress sein.

- Die kritische Reflexion von toxisch-männlichen Verhaltensweisen innerhalb unseres Verbandes wollen wir vorantreiben. Hierzu werden wir entsprechende Veranstaltungen organisieren.

Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit

Wir stellen uns entschlossen den Leugner:innen der menschengemachten Klimakrise entgegen. Wir sehen schon heute die Folgen, welche die globale Erderwärmung hat. Wir geben uns nicht mit ihrer Benennung zufrieden und bleiben untätig, sondern entwickeln politische Antworten, um der Herausforderung in Sachsen und darüber hinaus zu begegnen. Dabei nehmen wir vor allem die SPD in Regierungsverantwortung in die Pflicht und machen klar, dass die Frage des Klimas immer auch eine soziale Frage ist.

Es sind immer die Ärmsten, die am meisten unter den Folgen der Klimakrise leiden. Wir lassen sie nicht allein. Deshalb muss das Ziel unserer politischen Forderungen stets eine Abschaffung des kapitalistischen Systems sein und nicht die Veränderung des individuellen Konsums oder von Verhaltensweisen. Wir gehen dennoch als jugendpolitischer Verband mit guten Beispiel voran und nutzen, wo immer es möglich ist, klimaneutrale Verkehrsträger.

Wir werden:

- ein Verbandswochende zum Thema Klimagerechtigkeit, das im Ergebnis zu konkreten politischen Zielen und Forderungen zum Klimaschutz in Sachsen führt, organisieren.

- frühzeitige unserer klimapolitischen Positionen ins Wahlprogramm der SPD Sachsen zur Landtagswahl 2024 einbringen.

- die aktive Zusammenarbeit mit Umwelt- und Klimaschutzverbänden stärken.

- Veranstaltungen und Bildungsangebote zum Thema Klimagerechtigkeit organisieren.

Jusos in der Zivilgesellschaft

Die Arbeit in Bündnissen sehen wir Jusos als Teil unserer Doppelstrategie an. Wir setzen nicht nur auf eine inhaltliche Veränderung der SPD, sondern sehen uns auch als Teil einer aktiven und linken Zivilgesellschaft. Gerade in Sachsen ist diese Vernetzung umso wichtiger, denn viele Projekte und Initiativen werden von

konservativer Seite immer wieder in ihrem Fortbestand bedroht und ihre Arbeit erschwert.

Dafür nehmen wir uns vor:

- Wir tragen Forderungen und Positionen von linken Initiativen, Bündnissen und Verbänden, in denen sich junge Menschen mit linken und progressiven Einstellungen organisieren, gezielt in die SPD hinein.

- Dafür intensivieren wir unsere Bündnisarbeit mit den Gewerkschaftsjugenden des DGB, SJ - Die Falken, Fridays for Future und anderen zivilgesellschaftlichen Zusammenschlüssen, die unsere Werte vertreten.

- Wir ermutigen unsere eigenen Mitglieder durch Informationen und einen How-To-Bündnis-Workshop zu einem Engagement im Kontext unserer Bündnisarbeit.

- Wir planen eine internationale Vernetzung mit anderen (jung)sozialistischen Organisationen.

Zukunftsperspektive für den ländlichen Raum

Die Jusos Sachsen sind mehr als die drei großen Städte. Wir erkennen die Herausforderungen der Verbandsarbeit von ländlichen Unterbezirken an, die oftmals mit schwachen Strukturen (Räume, Fahrtwege, Material und finanzielle Ressourcen), fehlenden und weg ziehenden Mitgliedern zu kämpfen haben. Wir respektieren die Selbstständigkeit und das große Engagement der Genoss:innen vor Ort und möchten diese unterstützen und auf Augenhöhe nach Lösungen für die Probleme im Land suchen. Denn gerade dort erreichen wir junge Menschen, für die wir Politik machen wollen, noch zu selten. Neben unseren verbandsinternen Herausforderungen, müssen wir den ländlichen Raum insgesamt stärker in den Blick nehmen. Wie sieht eine Zukunftsperspektive für ländliche Regionen in Sachsen aus? Wie kann eine gute Daseinsvorsorge, gesellschaftliches Engagement und eine nachhaltige Wirtschaft geschaffen und unterstützt werden? Darauf müssen wir als Jusos Antworten geben können und dabei die Perspektive von jungen Menschen, die in Dörfern und Mittelzentren leben, vertreten. Die Jusos Sachsen sind kein reiner Studierendenverband. Deshalb legen wir Wert darauf, alle unsere Mitglieder bestmöglich in die Arbeit einzubinden, insbesondere Auszubildende, Schüler:innen und junge Berufstätige. Dass wir da Nachholbedarf haben, zeigt

sich besonders im ländlichen Raum, wo es weniger oder gar keine Hochschulen gibt.

Wir sehen die folgenden Punkte als ersten Aufschlag für einen Aktionsplan ländlicher Raum:

- Wir unterstützen als Landesvorstand aktiv bei der Organisation und Durchführung von Mitgliederversammlungen, Konferenzen und Treffen.

- Wir organisieren eine Tour durch alle ländlichen Unterbezirke, um Probleme bzw. deren Lösungen zu diskutieren und nutzen die daraus gewonnenen Erkenntnisse für den Aktionsplan ländlicher Raum.

- Wir entwickeln Dokumente und Hilfestellungen, um die ehrenamtliche Arbeit zu entlasten, z. B. einen Veranstaltungsleitfaden oder eine Liste von Ansprechpartner:innen im Landkreis, bei den Jusos oder in der Partei.

- Wir unterstützen bei dem Aufbau funktionierender Strukturen und helfen, die Zusammenarbeit auch mit ländlichen SPD-Kreisverbänden und Ortsvereinen zu verbessern.

- Wir werden uns in einem Verbandswochenende mit den Herausforderungen im ländlichen Raum beschäftigen und als Ergebnis ein Positionspapier entwickeln, wie die Zukunft von jungen Menschen in den sächsischen Dörfern und Kleinstädten gewährleistet wird.

- Wir unterstützen als Jusos aktiv Wahlkämpfe im ländlichen Raum und geben uns mit einer rechten und konservativen Hegemonie auf dem Land nicht zufrieden.

- Wir nutzen die Landesebene mit Veranstaltungen, Projekt- und Arbeitsgruppen so, dass eine sinnvolle Anlaufstelle zur Mitarbeit für Mitglieder in strukturschwachen Regionen gegeben ist.

- Während der Corona-Pandemie haben wir viele Erfahrungen mit digitalen Werkzeugen gemacht, die wir nutzen, um geografische Hürden zu überwinden und alle Mitglieder einzubinden.

Verbandsarbeit

Der Juso-Landesvorstand ist das demokratisch gewählte Gremium der Jusos Sachsen und durch das Votum der Delegierten auf der LDK berechtigt, politische und organisatorische Entscheidungen im Sinne des Verbandes zu treffen. Die Arbeit des Landesvorstands ist von gegenseitiger Rücksichtnahme auf die Fähigkeiten und Ressourcen der Landesvorstandsmitglieder geprägt.

Um eine zielführende, vorbildliche und transparente Arbeitsweise zu etablieren, möchten wir:

- auf einer vorstandsinternen Klausur ein vertrauensbildendes Umfeld für die weitere Arbeit schaffen.

- die Landesvorstandssitzungen mitgliederöffentlich halten.

- den regelmäßigen Austausch mit den Unterbezirksvorständen, den Landeskoordinationen von JHGn und JSAG und der Anti-Sexismus-Kommission suchen.

- den Landesausschuss über die Arbeit des Landesvorstandes informieren und als beratendes Gremium aktiv mit einbeziehen.

Wir wollen, dass die Jusos Sachsen weiter den Weg in die breite Öffentlichkeit finden. Dafür setzen wir Folgendes um:

- Wir verbessern unsere Social-Media- und Pressearbeit (Redaktionsplan, modernes Design, Etablierung neuer Formate und Bewerben von Beiträgen in regelmäßigen Abständen).

- Wir gestalten eine Neumitgliederkampagne, um Interessierte zu erreichen

und unsere Positionen in den Mittelpunkt des Interesses zu rücken. Dafür nutzen wir sowohl die sozialen Netzwerke, als auch den Austausch vor Ort.

- Wir positionieren uns zu tagesaktuellen Themen mit Pressemitteilungen und arbeiten an geeigneten Stellen mit progressiven Parteijugenden zusammen.

- Insgesamt müssen wir durch eine kontinuierliche und verlässliche Social-Media- und Pressearbeit die Kampagnenfähigkeit der Jusos Sachsen verbessern.

- Wir fragen aktiv nach vorhandener Expertise im Social-Media-Bereich in unserem Verband und nehmen gerne diese Unterstützung an.

Um die inhaltlichen Schwerpunkte umzusetzen, aber auch den Austausch innerhalb des Verbands wieder stärker auszubauen, werden wir:

- regelmäßige Neu-Juso-Wochenenden in Präsenz reaktivieren.

- die Unterbezirke durch Grundlagenseminare unterstützen.

- Verbandswochenden zur Vernetzung und dem Herausarbeiten politischer Positionen anbieten.

- uns mit Jugendorganisation aus anderen Ländern vernetzen.

- Veranstaltungen und Inhalte von Landesebene und von vor Ort weiterhin über den neuen Telegram-Channel bewerben.

Mit unseren Vertreter:innen auf Bundesebene treten wir aktiv in den Austausch, um stets landesweite Informationen auszutauschen und Positionen mitgeben zu können.

- Wir gestalten so aktiv die Bundesprojekte mit, bilden passgenaue Arbeitsgruppen auf Landesebene, die den Delegierten und Expert:innen aus Sachsen zuarbeiten können.

- Die Delegation für den Bundeskongress sucht aktiv den Austausch mit dem gesamten Landesverband, um diesen bei Entscheidungen, Änderungsanträgen und Priorisierungen mit einzubeziehen.

In Zusammenarbeit mit anderen Landesverbänden setzen wir die Digitalisierung der Juso-Arbeit fort.

- Wir vermeiden, wo möglich proprietäre Software und etablieren eigene OpenSource-Tools, um die Abhängigkeit von kapitalistischen Großkonzernen im Verband zu verringern.

- Wir qualifizieren uns und unsere Mitglieder in der Nutzung von freien Alternativen und beschäftigen uns mit den Vorteilen dieser.“

Die Anti-Sexismus-Kommission ist als Anlaufstelle für Diskriminierungsfälle und als Gremium, welches für Awareness in unserem Verband sorgen soll, essentiell für unser Feminismus-Verständnis.

- Wir wollen die ASK mehr zu Rate ziehen und ihre Expertise und Einschätzung nutzen.

- Sie erarbeitet für uns Awareness-Konzepte, schlägt die Besetzung von A-Teams vor und wird von uns unterstützt, Veranstaltungen zu den Themen Antidiskriminierung und Awareness durchzuführen.

Die im letzten Jahr gegründeten Projektgruppen bieten die Möglichkeit einfach und ohne große Hürden im Landesverband mitzuarbeiten. Sie sollen beibehalten und als Orte der Vernetzung und des inhaltlichen Austauschs zwischen den Unterbezirken gefördert werden.

Ganz konkret heißt das:

- Es soll eine Übersicht über alle PGs geben, die transparent einsehbar ist und anhand welcher man entsprechende Kontaktdaten erhält.

- Ihre Veranstaltungen sollen über die Jusos Sachsen im entsprechenden Maße angekündigt werden.

- Die Projektgruppen werden aus den Mitteln der Jusos Sachsen finanziert. Wir ermutigen die PGs, ihre Bildungsveranstaltungen in Zusammenarbeit mit Kooperationspartner*innen durchzuführen.

Wahlkämpfe - Es gibt noch viel zu tun!

Auch wenn die derzeitigen Krisen all unsere Aufmerksamkeit bedürfen und unser politisches Handeln prägen, richten wir unseren Blick bereits nach vorn. Für den Landtagswahlkampf in Sachsen im Jahr 2024 werden wir uns schon jetzt auf den Weg machen und unsere inhaltlichen Positionen entwickeln sowie potenzielle Kandidat:innen empowern.

Dafür werden wir:

- bis zum Ende der Legislatur ein Jugendwahlprogramm vorlegen.

- Verbandswochenenden durchführen, auf denen inhaltliche Positionen erarbeitet werden.

- Workshops für die personelle Qualifizierung von interessierten Kandidat:innen anbieten.

- Frühzeitig unsere Juso-Positionen im Wahlprogramm der SPD Sachsen platzieren.

- den Prozess zur Erarbeitung eines Leitantrags „Landtagswahl 2024“ schnellstmöglich beginnen und Forderungen an die Landespartei formulieren.

Auch abseits der Landtagswahlen finden Wahlkämpfe statt. Wir unterstützen die (Juso-) Kandidierenden bei den Bürgermeister:innen- und Gemeinderatswahlen materiell und vor Ort. Dafür erstellen wir einen Wahlkalender und organisieren in Zusammenarbeit mit den Unterbezirken gemeinsame Wahlkampfbesuche.

Auszubildende aktiv unterstützen

Ausbildungen gehören zu unserer Gesellschaft. Deswegen kämpfen wir nicht nur für Studierende, sondern genauso für Auszubildende! Wir werden uns dafür einsetzen, Azubis in unserem Verband zu fördern und für politische Themen zu begeistern.

Dafür werden wir:

- uns mit Vertreter*innen der weiterbildenden Schulen, JAV und Gewerkschaften darüber austauschen wie aktiv geholfen werden kann. Unter anderem werden wir dafür einen Gewerkschaftskongress organisieren.

- Azubis besser einbinden und weiter aktiv mit der Juso-Schüler:innen- und -Auszubildenden-Gruppe (JSAG) zusammenarbeiten.

A-02 (geändert)

Antrag

ordentliche Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen 2022
Chemnitz, 23. April 2022

Initiator*innen: Jusos Chemnitz (beschlossen am: 03/26/2022)

Titel: **Lohn pünktlich erhalten**

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen und an die SPD-Bundestagsfraktion weiterleiten:

§ 614, Satz 2 BGBs (Fälligkeit der Vergütung) wird wie geändert.

„Ist die Vergütung nach Zeitabschnitten bemessen, so ist ein festes Datum für die Lohnzahlung im Arbeitsvertrag verpflichtend anzugeben, bis wann die Lohn- oder Gehaltszahlung auf dem Konto eingegangen sein muss.“

Begründung

Vor allem bei Minijobs erfolgt die Lohnzahlung oft sehr spät und Arbeitnehmer:innen müssen auf ihr dringend benötigten Lohn warten. Da § 614 BGB nicht sehr deutlich formuliert ist, sollte er (wie im Antragstext formuliert) geändert werden.

Ursprünglich lautet § 614 BGB wie folgt: "Die Vergütung ist nach der Leistung der Dienste zu entrichten. Ist die Vergütung nach Zeitabschnitten bemessen, so ist sie nach dem Ablauf der einzelnen Zeitabschnitte zu entrichten." Diese Formulierung ist zu ungenau. Und das spüren viele Arbeitnehmer:innen, die auf ihren Lohn warten und keine sichere finanzielle Planung haben.

A-03 (geändert)

Antrag

ordentliche Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen 2022
Chemnitz, 23. April 2022

Initiator*innen: Jusos Chemnitz (beschlossen am: 03/26/2022)

Titel: **Mehr Psychotherapieplätze!**

Die Jusos Sachsen mögen beschließen und über den Juso-Bundeskongress, den Landesparteitag derSPD Sachsen und den SPD-Bundesparteitag an die SPD-Fraktionen im Sächsischen Landtag und Deutschen Bundestag weiterleiten:

Die psychotherapeutische Versorgung in Deutschland ist mangelhaft.
Zur Zeit dauert es nach Angaben des Vorsitzenden der Ostdeutschen Psychotherapeutenkammer (OPK), Gregor Peikert, in Sachsen ca. 6,5 Monate bis zum Beginn einer psychotherapeutischen Behandlung[1]. Zahlreiche Gesetzesinitiativen der letzten Jahre – nicht zuletzt die Psychotherapiestrukturreform – hatten zum Ziel, die psychotherapeutische Versorgung zu verbessern. Kürzlich veröffentlichte Daten aus psychotherapeutischen Praxen in 7 deutschen Bundesländern belegen aber, dass dieses Ziel nicht erreicht wurde: Die neu eingeführten Instrumente haben nicht zu einem schnelleren Therapiebeginn für die Betroffenen psychischer Störungen geführt[2].

Die Bedarfsplanung ignoriert die Bedürfnisse der Betroffenen
Das verwundert nicht. Denn wenn ein genauer Blick auf die fachliche Bedarfsplanung und die zugrundeliegenden Richtlinien gerichtet wird, ist erkennbar, dass der wichtigste Faktor gar keine Berücksichtigung findet, nämlich wie viele Menschen eigentlich Psychotherapie benötigen.

Ungefähr 31% der Bevölkerung in Deutschland erfüllen die Kriterien für eine psychische Störung, wenn die Zahlen über einen Zeitraum von 12 Monaten erfasst werden[3]. Gleichzeitig schaffen es nur 1% der Bevölkerung aus eigener Initiative eine Psychotherapie zu beginnen, obwohl durch entsprechende Beratung und

Unterstützung das Potenzial mind. 10fach höher läge[3]. Es leuchtet ein, dass die Autor*innen des Übersichtsartikels bereits 2013 zu dem Schluss kommen, dass „ärztliche oder psychologische Behandlungsangebote […] dem ‚wahren' Bedarf weit hinterherhinken"[3]. Fast 10 Jahre später hat sich an dieser Ausgangslage nichts geändert, werden die langen Wartezeiten betrachtet. Die Bundespsychotherapeutenkammer schätzt, dass mindestens 7000 Kassensitze für eine adäquate Versorgung fehlen[4].

Wie wird die Versorgungslage offiziell bewertet?

Ein paar Beispiele aus Sachsen: In den Städten Chemnitz und Dresden versorgen psychologische und ärztliche Psychotherapeut*innen ca. 10-11% der Bevölkerung, setzt man die abgerechneten Fälle im Jahr 2019 mit einzelnen Personen gleich. Im Raum Riesa-Großenhain oder dem Landkreis Sächsische Schweiz sind es 6-7%[5]. Nach offiziellen Angaben ist Sachsen damit überall ausreichend versorgt. Allerdings erhalten diese Menschen nicht in jedem Fall Psychotherapie, sondern häufig lediglich eine beliebige Form von professioneller Unterstützung (interventionelle Kurzgespräche, Psychopharmaka, etc.). Diese Schlussfolgerung ergibt sich nämlich zwangsläufig aus den von der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen (KVS) veröffentlichten Zahlen: Psychologische Psychotherapeut*innen erbringen ihre Dienstleistung zu nahezu 100% durch Einzel- und Gruppentherapien und behandeln durchschnittlich 61,8 Patient:innen pro Jahr[6]. Nach Berechnung der KVS sollen sie aber ca. 300 Personen pro Jahr behandelt haben, weil dieser Durchschnittswert allen zugeschrieben wird, die psychotherapeutische Dienstleistungen im weiteren Sinn anbieten, von Hausärzt*innen mit Zusatzbezeichnung Psychotherapie, Fachärzt*innen für Psychiatrie/Psychotherapie/Psychosomatik und eben psychologischen Psychotherapeut*innen. Die überwiegende Mehrzahl der Menschen, die offiziell psychotherapeutisch versorgt werden, erhält folglich keine Psychotherapie im eigentlichen Sinn.

Eine Reform des G-BA ist unumgänglich, nur so ändert sich die Bedarfsplanung

Die Kassenärztliche Vereinigung Sachsen sieht auf der Grundlage der geltenden Bedarfsplanungsrichtlinien also keine Hinweise für eine Unterversorgung, obwohl die Wirklichkeit anders aussieht. Dieser Systemfehler muss behoben werden! Zur Erinnerung: deutschlandweit fehlen geschätzt 7000 psychotherapeutische Kassensitze. Bedarfsplanungen werden auf Länderebene durchgeführt, nach Richtlinien, die bundesweit durch den Gemeinsamen Bundesausschuss festgelegt wurden, und anschließend gemeinsam durch gesetzliche Krankenversicherungen und die jeweiligen Kassenärztlichen Vereinigungen beschlossen. Patient*innen und fachspezifische Expert*innen haben keine Mitbestimmungsrechte; diejenigen also, die direkt an Psychotherapie beteiligt sind, werden vollständig ignoriert und damit auch der legitime Anspruch eine Behandlung nach aktuellem Stand wissenschaftlicher Erkenntnisse und Leitlinien zu erhalten. Eine bessere Versorgung kann also nur über eine Änderung der Arbeitsweise und Zusammensetzung

von Landesausschüssen und Gemeinsamem Bundesausschuss sinnvoll erfolgen.

Wir fordern deswegen

1. die Beteiligung von Patient*innen und fachspezifischen Expert*innen als stimmberechtigte Mitglieder (jeweils 25% der Sitze),

2. die Trennung der Bedarfsplanung von ärztlichen und psychologischen Psychotherapeut*innen,

3. eine Orientierung der Bedarfsplanung an wissenschaftlichen Studien mit Ergebnissen zur Häufigkeit einzelner psychischer Störungen,

4. dass aktuelle Leitlinien zur Behandlung von psychischen Störungen durch die Bedarfsplanung mit mehr psychologisch-psychotherapeutischen Kassensitzen endlich umsetzbar gemacht werden.

Denn die Studienlage ist eindeutig: Menschen profitieren dauerhaft von Psychotherapie. Mehr Menschen brauchen Psychotherapie – und das geht nur mit mehr Psychotherapeut*innen!

Referenzen:

[1] https://www.dnn.de/Region/Mitteldeutschland/Patienten-in-Sachsen-warten-ein-halbes-Jahr-auf-eine-Psychotherapie
[2] Singer, S., Maier, L., Paserat, A. *et al.* Wartezeiten auf einen Psychotherapieplatz vor und nach der Psychotherapiestrukturreform. *Psychotherapeut* 67, 176–184 (2022). https://doi.org/10.1007/s00278-021-00551-0
[3] Jacobi, F., Kessler-Scheil, S. Epidemiologie psychischer Störungen. *Psychotherapeut* 58, 191–206 (2013). https://doi.org/10.1007/s00278-013-0962-z
[4] https://www.spiegel.de/gesundheit/diagnose/psychotherapie-plaetze-kranke-zweifeln-oft-ob-ihnen-hilfe-zusteht-a-1259713.html
[5] Kassenärztliche Vereinigung Sachsen, Bedarfsplan 2020, https://www.kvs-sachsen.de/fileadmin/data/kvs/img/Mitglieder/Arbeiten_als_Arzt/Bedarfsplanung/20-0131_Bedarfsplan_2020_Stand_20200131.pdf
[6] Kassenärztliche Bundesvereinigung, Quartal 4/2019, https://gesundheitsdaten.kbv.de/cms/html/17023.php

Begründung

Fast 18 Millionen Erwachsene in Deutschland sind innerhalb eines Jahres von einer psychischen Erkrankung

betroffen. Leider nehmen nur ca. 19% der Betroffenen Kontakt zu „Leistungserbringern“ auf [2].

Durch die fehlenden Kassensitze bei Psychotherapeut:innen, sind viele gesetzlich Versicherte Menschen nicht in der Lage einen Therapieplatz zu erhalten. Kassensitz bedeutet, dass ein:e Therapeut:in gesetzlich Krankenversicherte behandeln darf und über die jeweilige Krankenkasse seine Leistungen abrechnet [3]. Es ist zwar möglich, sich die Kosten im Nachgang wieder zurückzuholen, sicher ist dies aber längst nicht. Zudem ist auch ein Vorschuss der Kosten extrem teuer. So betragen die Kosten für eine Theapiesitzung für Patient:innen laut Gebürenordnung für Psychotherapeut:innen 118,04€[4]. Bei mindestens 10 Sitzungen, eher mehr, belaufen sich die Kosten auf mehr als 1100€.

Erhalten nun mehr Therapeut:innen Kassensitze, steigt die Anzahl der Plätze für Patient:innen, die die gesetzlichen Krankenversicherungen übernehmen. Mehr Menschen können ohne eine weitere Belastung Therapie in Anspruch nehmen, Folgen psychischer Erkrankungen verringern sich.

[1]
https://www.spiegel.de/gesundheit/diagnose/psychotherapie-plaetze-kranke-zweifeln-oft-ob-ihnen-hilfe-zusteht-a-1259713.html

[2]
https://www.dgppn.de/_Resources/Persistent/be8589427bb02b67f5592b73cbb4d32cde26d-0be/Factsheet_Kennzahlen%202022.pdf

[3]
https://www.medizin-im-text.de/2019/25626/kassensitz/#:~:text=Wenn%20ein%20Arzt%20oder%20Psychotherapeu-t,der%20Arzt%20auch%20Privatpatienten%20behandeln.

[4] https://psychotherapie-brinkmann.de/ablauf-und-kosten/